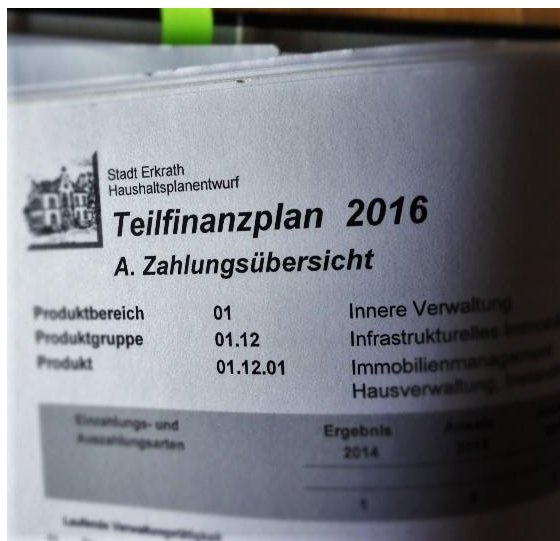




„Wer Steuern erhöht, schadet der Verlässlichkeit und der Attraktivität der Stadt“



Natürlich kann man mit Fug und Recht darauf verweisen, dass die Kommunen durch Land und Bund systematisch unterfinanziert sind. Dieses Thema ist in den Haushaltsreden der BmU in den vergangenen Jahren mehrfach thematisiert worden. Die Parteien nehmen mit der chronischen Unterfinanzierung der Kommunen in Kauf, dass das unmittelbare Lebensumfeld, welches durch z.B. Bildungschancen das gesamte Leben prägt, leidet. Exemplarisch sei nur genannt, dass zwischen 2008 und 2016 allein für den JHA Bereich das Finanzvolumen um 6,5 Mio. € stieg, diesem

Aufwand insbesondere bei der Tagespflege wie auch mit ca. 3 Mio. € bei dem Aufwand für die Versorgung Geflüchteter Menschen keine adäquaten Kompensationsmittel von Bund und Land gegenüberstehen.

Man müsste eigentlich in der Stellungnahme zum Haushalt auch die Themen Breitband, Freies W-Lan und Gerechte Fernwärmepreise gründlich erörtern. Alles wichtige Themen, welche die BmU ins Rathaus getragen hat.

Mit der Deponie Hubbelrath, der CO-Pipeline, der schwierigen Finanzierung der Stiftung Naturschutzgebiet Bruchhausen sind Aufgabenfelder zu erörtern, welche wichtige Standortmerkmale für Erkrath darstellen, zu welchen die BmU wichtige Beiträge liefert, die aber trotz ihrer Bedeutung an dieser Stelle nicht vertieft werden sollen.

Die Schullandschaft und die Jugendlichen sind die Leittragenden der schlechten Finanzsituation und die schutzsuchenden Geflüchteten sind völlig ungeeignete Sündenböcke für die strukturellen Finanzprobleme der Stadt.

Auch die Notwendigkeit, dass die von uns initiierte Besichtigung der gebäudlichen Defizite in den Schulen, die Aufstellung des Schulentwicklungsplanes, die Notwendigkeit überörtlicher Kooperation in der Schullandschaft soll ausnahmsweise an dieser Stelle nicht Gegenstand der Erörterung sein.

Dass die Koalition von BmU und CDU an der mangelnden Verlässlichkeit des Koalitionspartners CDU gescheitert ist, ist umso bedauerlicher, je schärfer sich das Finanzierungsproblem abbildet.

Wir konzentrieren uns diesmal auf die Handlungsoptionen zum Finanzproblem, die unter dem gegebenen schlechten Umfeld unserer Stadt Erkrath verbleiben.

Die heutige Finanzsituation ist kein unvorhersehbarer Einbruch, sondern wesentlich Ergebnis von Versäumnissen der Vergangenheit. Dieses Versäumnis besteht darin, für Ereignisse wie der Aufnahme von Mitbürgern mit aktueller Migrationsgeschichte keine finanziellen Polster zu besitzen. Bei gesundem Kernhaushalt wäre ein nicht gedeckter Aufwand von 3 Mio. € gar kein Problem gewesen.

In den letzten zwei Jahren kam hinzu, dass die Erkrather Politik, um sich selbst die Bürgerschaft die Verwaltung in Wahljahren vor den Wahrheiten zu verschonen, die Haushaltssituation nicht konsequent angepackt hat. Da kommt gerade recht, dass jüngst die Überörtliche Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW für Transparenz sorgt.

I Überörtliche Prüfung der Stadt Erkrath der GPA NRW

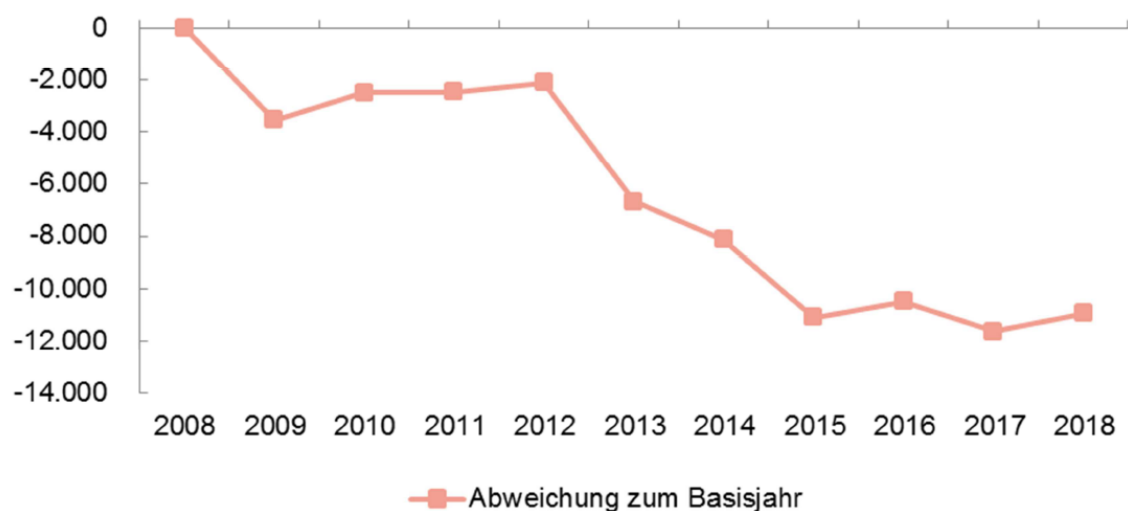
In den ersten uns zugänglichen Dokumenten sehen wir, dass noch nie seit Einführung des NKF ein Haushaltsausgleich geschafft wurde. Nur am Rande sei auf die Probleme bei der Aufstellung und Beurteilung eines Haushaltsplanes ohne aktuelle Jahresabschlüsse hingewiesen. In früheren Jahren haben wir mehrfach vergeblich angemahnt, diese Abschlüsse vorzulegen.

Jahresergebnisse, allgemeine Rücklage und Ausgleichsrücklage in Tausend Euro (IST)

	EB 2008	2008	2009	2010	2011	2012
Jahresergebnis		-3.859	-14.558	-8.252	-4.350	-1.729
Höhe der allgemeinen Rücklage*)	185.107	185.540	185.510	183.001	178.731	177.089
Veränderung der allgemeinen Rücklage gem. § 43 Abs. 3 GemHVO	./.	./.	./.	./.	81	87
Verringerung der allgemeinen Rücklage des Vorjahres in Prozent	./.	keine Verringerung	keine Verringerung	1,4	2,4	1,0
Höhe der Ausgleichsrücklage	24.157	20.300	5.742	0	0	0
Fehlbetragsquote in Prozent	./.	1,8	7,1	4,3	2,4	1,0

*) Der Verwendungsbeschluss wird jeweils vorweggenommen und die Jahresergebnisse direkt mit der allgemeinen bzw. Ausgleichsrücklage verrechnet

Kommunaler Steuerungstrend in Tausend Euro



Quelle der beiden Grafiken : GPA NRW 2015

Bei den bereinigten Ergebnissen sieht das GPA NRW für Erkrath einen klaren Trend: Den Trend nach unten. Wenn nicht konsequent und – wahrscheinlich - einschneidend gehandelt wird, gibt der Rat der Stadt Erkrath die Zukunft Erkraths aus der Hand.

Bereits 2009 hat die Überörtliche Prüfung der Stadt Erkrath der GPA NRW transparent gemacht, dass allein in den Teilbereichen Finanzen, Personal, Jugend, Gebäudewirtschaft und Infrastruktur ein zu erwirtschaftendes Gesamtpotenzial in Höhe von 6,7 Mio. € schlummert. Meine Erfahrung ist, dass man zwar auch die Zahlen des GPA NRW kritisch hinterfragen muss, nicht einfach als realisierbar übernehmen kann, trotzdem ist damals ein Einsparpotenzial in Teilhaushalten aufgezeigt worden, welches in der Größenordnung des heutigen strukturellen Defizites von 7,3 Mio. € liegt. Seitdem sind Fortschritte gemacht worden, in den größeren Teilen hat die Politik gezögert, Konsequenzen zu generieren oder durch Minderausgaben Verzicht zu leisten. Die 2009 bereits identifizierten Handlungsspielräume wurden nur zum Teil genutzt. Teilweise wurden Verbesserungen beim Energiemanagement erzielt – wesentlich auch durch das Konjunkturpaket, noch heute wird aus den Reihen der CDU beklagt, dass wir die Beleuchtung an der K 7 aufgegeben haben und wieder legt das GPA NRW z.B. den Finger auf die Wunde, dass wir städtische Immobilien zu Ramschpreisen „vermieten“ und noch nicht mal für Sonderleistungen, wie z.B. umfangreiche Tisch- Bestuhlungsarbeiten Gebühren erheben. Natürlich wünscht sich manch ein Bürger einen kostenlosen Service, den können wir aber nicht finanzieren. Wir sind gespannt, wie die genauere Vorlage der Ergebnisse der diesjährigen Gemeindeprüfung der Einzelergebnisse (bis heute sind wir nur im Besitz einer zusammenfassenden Präsentation) aussehen wird.

II Fast jede Fach- und Sachdiskussion wird durch das „Personalproblem“ überlagert.

Die Kernfrage ist:

„Ist das städtische Personal a) durch Aufgabenfülle oder b) in ihrer Motivation überfordert?“

Wenn es nach dem Verwaltungsvorstand geht, ist die Antwort a) die allein richtige. Ich behaupte, das „Personalproblem“ wird oft nur als Steuerungsinstrument zur Disziplinierung missliebiger Bürger- und Politikerwünsche gebraucht.

Wir haben tatsächlich ein Personalproblem, aber nicht in dem ausschließlichen Sinne, wie der Verwaltungsvorstand den Begriff verwendet.

Begründung:

Es steht dem Verwaltungsvorstand seit eh und je eine große Zahl, im Haushalt finanzierter, unbesetzter Stellen zur Verfügung. Diese wurden nicht aktiviert – mit der Ausnahme, dass z.B. in diesem Jahr ein Städteplaner aus dieser Reserve angestellt werden soll. Der Rat hat immer genug Personal zur Verfügung gestellt.

Es ist kein Geheimnis, dass die BmU teilweise mit der Arbeit des Technischen Dezernates unzufrieden ist:

Das Organisationsgutachten der Firma BSL Public Management, dem Rat im Februar 2013 vorgelegt zeigt, dass zumindest im Immobilienmanagement die Personalausstattung gemessen

am Bedarf unserer Kommune ausreichend ist. Die geplanten Maßnahmen stehen in einem deutlichen Widerspruch zu den tatsächlichen Umsetzungen. Ursache ist eine hohe Personalfuktuation und ein zeitweise hoher Krankenstand, die offenbar verwaltungsintern weder aufgefangen, noch durch geeignete Maßnahmen der Personalführung abgeholfen wurde.

Wieso es trotz der bestehenden Rahmenverträge ein so großes Personalproblem sein soll, die Toiletten in den Schulen zu reparieren, können wir nicht nachvollziehen. Die von uns geforderten Ortsbesichtigungen in den Schulen, werden hoffentlich kurzfristig Aufschluss geben.

Die Überörtliche Gemeindeprüfung aktuellen Datums sieht beim Tiefbauamt noch größere Zuordnungsprobleme. Die Frage, ob effizient gearbeitet wird, kann erst gar nicht beantwortet werden, da die Verwaltung den Prüfern noch nicht mal die notwendigen Daten zur Verfügung stellen konnte. Darüber hinaus wird seit vielen Jahren von der Politik eine Organisationsuntersuchung des gesamten Fachbereiches 66 gefordert. Bis heute Fehlanzeige. Die Aussage, es würde nun bald kommen hatten wir vom damaligen Beigeordneten Schiefer schon 2013 gehört, als sie vergabereif bereits auf dem Tisch lag.

Aus kommunalpolitischer Sicht kann man nur feststellen, dass die Verwaltung eine Verifizierung des Personalproblems seit 2009 nicht liefern kann.

Einem Offenbarungseid ist gleichgekommen, als der komplette Verwaltungsvorstand die restlose(!) Streichung des Projektes Soziale Stadt in Vorlage 193/2015 begründet:

„Als Resümee ist festzustellen, dass deutliche Erhöhungen im Stellenplan kurz- und mittelfristig nicht zu einer deutlich höheren Leistungsfähigkeit führen, sondern im Gegenteil bestehende Engpässe bei den Mitarbeitern in dieser Zeitspanne eher noch verschärfen“

Und an anderer Stelle:

„Sind die neuen Mitarbeiter eingearbeitet – so hat sich in der Vergangenheit über Jahre gezeigt – verlassen diese oft (mangels Aufstiegsmöglichkeiten) die Stadt Erkrath und die zeitintensive Suche und Einarbeitung beginnt erneut.“

Quelle: Vorlage 193/2015 Seite 10

Da fragt man sich, wie überhaupt noch Städte ihr Personal halten können, ja man fragt sich, wer sind denn die, die überhaupt noch in Erkrath bleiben? Wer das schreibt und bei Kritik auch noch verteidigt, dem kann man nur noch bescheinigen: Dieser Verwaltungsvorstand hat selbst unterschrieben, dass er nicht mit seinem Personal umgehen kann, „ein Personalproblem“ hat. Wir können aus dem Sitzungssaal des Rates heraus als „Hobbypolitiker“ nicht sagen, was da in den Amtsstuben schief läuft. Es muss hier offenkundig ein gravierendes Problem vorliegen, denn der von mir kritisierte Satz war nicht etwa eine Beschreibung der Vergangenheit, es war eine Beschreibung der Gegenwart und Zukunft und sollte der Begründung dienen, warum das Programm Soziale Stadt trotz vorliegender Kurzexpertise eingestampft werden soll: Restlos!!! wenn es nach dem Willen der kompletten Führungsriege der Verwaltung gegangen wäre.

Dringend muss der Verwaltungsvorstand überprüfen, wie er mit dem städtischen Personal künftig umgehen wird.

Wir glauben auch nicht die Sündenbocktheorie, dass 7 Jahre lang nur der Personalrat eine Organisationsuntersuchung des Fachbereiches 66 verhinderte. Da müssen andere Fehler vorliegen.

III Wo wurden Fehler gemacht?

Die Anpassung des Mobilfunkkonzeptes kommt so spät, dass man nun ernsthaft erwägt, das teure und mit enormem Aufwand erstellte Konzept komplett auf den Müll zu werfen. Ohne fachlichen Rat. Die CDU hat beklagt, dass die Zeit von 2009 bis 2014 eine Zeit des Stillstands war. Ich beklage, dass die SPD der CDU nun dabei hilft, aufgebaute Strukturen sogar abzureißen.

Die von uns ins Rathaus getragene Idee Freies W-Lan als gesundheitlich weniger kritische Lösung des Datenverkehr-Engpasses zu nutzen und auch als Element der Wirtschaftsförderung zu nutzen, wird nicht energisch genug betrieben.

Vor allem in den Jahren ab 2009 haben die Stadtwerke den Einstieg in die Breitbandversorgung verschlafen. Mehrfach haben wir Initiativen ergriffen, auf diese Notwendigkeit hinzuweisen. Hoffen wir, dass es nun in diesem Jahr Fortschritte gibt.

Die Umplanung des Standortes des Feuerwehr-Gerätehaus von der Kreuzstraße zum Steinhof und wieder zurück war ein teurer und fachlich schlechter Irrweg. Immerhin mit einem im Moment guten Ergebnis.

Die Planung der Feuerwehr-Zentralwache auf dem Cleverfeld ist ein schwerer Fehler. Erkrath wird hier vermutlich die teuerste Wache des Kreises Mettmann bauen, obwohl sie nach der Gemeindegröße nur an fünfter Stelle liegt. Andere Städte kamen und kommen mit weniger Geld aus. Wie soll das finanziert werden? Es folgen die planungsrechtlichen Probleme bei diesem Unterfangen.

Folgeschwer werden sich Versäumnisse und Fehler in der Politik der Stadtwerke erweisen:

Die Beteiligung der 100%igen Tochter der Stadtwerke Erkrath GmbH als Kommanditist mit 2 Mio. € an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co KG ist eine Investition, man kann auch sagen, Spekulation, die lokal kaum von Bedeutung ist. Wenn als Vorwand der Klimaschutz bemüht wird, dann sei auch hier noch mal darauf hingewiesen, dass die Energieeffizienz und die CO₂ Bilanz mit dem Ausbau der regenerativen Energien nicht weiter gedient wird. In der Studie „Fünf Jahre nach Fukushima“ des Instituts der deutschen Wirtschaft wird deutlich, dass der Anteil Erneuerbarer Energien mit Soll 27,9 % und dem Ist von 32,6 % gut im Fahrplan liegt und geradezu übererfüllt wird. Die Stadtwerke Erkrath bieten auch jetzt schon 100 % regenerativ erzeugten Strom an, Trianel investiert nichts in Erkrath. Da der Ökostrom aber naturgegeben starke Versorgungsschwankungen erzeugen, und die Speichertechnik weit zurückbleibt, kann die Versorgung nur durch Kohle-Kraftwerke mit besonders hohem CO₂ Ausstoß ausgeglichen werden. Dementsprechend ist das CO₂ – Ziel, bis 2015 den Ausstoß um 24,3 % zu senken drastisch verfehlt: es können nur 5,6 % verbucht werden. Grund: je mehr regenerative Energie erzeugt wird, umso mehr Kohlekraftwerke müssen die zeitlichen Versorgungslücken füllen. Also dient dieses Investment nur in atmosphärischen Spuren dem allgemeinen Klimaschutz, während gleichzeitig wichtige Aufgaben vor Ort, wie die kundenfreundliche (!) Übernahme des Fernwärmenetzes und dessen Ertüchtigung und der Einstieg in die Breitbandversorgung unerledigt warten.

Dass die Stadt, bzw. die EGH, es bereits 2006 versäumt hat, die Fernwärme zu übernehmen, ist auch finanzpolitisch ein schweres Versäumnis.

Am Ende steht mit den Stadtwerken eine 100 %ige Tochter der Stadt, welche immer weniger Gewinn an die Stadtkasse abführt.

Die BmU hat Unterstützung bei CDU und Bürgermeister gefunden, einen Teil der Neanderhöhe unter Berücksichtigung landschaftlicher und ökologischer Maßnahmen zu einem Gewerbegebiet mit Premiumqualität zu entwickeln. Grüne und SPD lehnen ab. Die fiskalische Wirkungsanalyse zeigte, dass selbst unter schlechten Rahmenbedingungen jährlich ein Gewinn in Höhe von mindestens 550.000 € zu erzielen ist. Letzteres ist dies ein Betrag, der unbedingt höher ausfallen sollte. Im Hinblick auf Finanzlücke der Stadt aber ein Beitrag, um soziale Maßnahmen zu finanzieren.

Seit 2009 steht auf Anregung von Gerd Paulus ein Betrag von 2 Mio. € zur Verfügung um Gewerbeentwicklung im Bestand zu ermöglichen. Leider bis heute ohne jeden Erfolg. Auch in diesem Bereich müssen dringend Ergebnisse als Beitrag zur Deckung der Finanzierungslücke erzielt werden.

IV Wie sieht die Lösung aus?

Das GPA NRW gibt zu Recht vor, dass das Stadtentwicklungskonzept Grundlage der Überlegungen sein soll.

Wir können es uns auf keinen Fall leisten, das Programm Soziale Stadt, einem Teil des Stadtentwicklungskonzeptes, nicht umzusetzen. Im Gegensatz zu der weit verbreiteten Auffassung, bei dem Programm würde Erkrath mit Maßnahmen beglückt, welche die Stadt nicht braucht, handelt es sich ausschließlich um ein Finanzierungsinstrument, welches sicherstellt, dass das Notwendige mit ausreichender Intensität und ausreichender Erfolgsaussicht gemacht wird, damit die Mittel effizient angelegt sind. Nicht nur das Land tritt mit dem größten Zuschussanteil ein, auch die Beteiligung Privater ist Voraussetzung für die Förderung. Das Programm Soziale Stadt ist Beitrag zur Lösung unseres Finanzproblems und nicht etwa, wie es der Verwaltungsvorstand meint, Teil des Problems.

Der Vorstoß der SPD, der bereits im Hauptausschuss von Bürgermeister Schultz unterstützt wurde, die Grundsteuern auf 500 Punkte zu erhöhen ist nur ein Strohfeder:

- a) Die von der SPD damit verknüpften Personalmehrausgaben fressen schon mit ca. 300.000 € einen beträchtlichen Teil der Mehrausgaben auf.
- b) Mit den Mehreinnahmen in Höhe von brutto nicht ganz 1,5 Mio. € wäre bei einem Strukturellen Defizit von 7,3 Mio. € das eigentliche Problem nur vertagt. Wir müssen uns dem Finanzdefizit aber jetzt mit aller Konsequenz stellen.

„Man sollte nicht Mietern in die Tasche greifen, um den Haushalt zu sanieren.“ (<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/mettmann/grundsteuer-wird-erhoeht-aid-1.1201438>) sagte für die CDU 2011 bei einer Erhöhung der Grundsteuer nur um den Inflationsausgleich (!) der Fraktionsvorsitzende der CDU Wolfgang Jöbges. Liebe CDU, wo ständen wir, wenn wir das gegen ihren Rat nicht getan hätten: Wir wären ca. 8 Mio. € ärmer und hätten die 5 % Hürde schon längst gerissen.. Das 10-Punkte-Programm von Bürgermeister Christoph Schultz kannte vor der Wahl auch kein „Wenn und aber...“:

Wer Steuern erhöht, schadet der Verlässlichkeit und der Attraktivität der Stadt“

Christoph Schultz: 10-Punkte-Programm zur Bürgermeisterwahl 2015

Ich selber gehe nicht so weit wie die extremen Formulierungen des Bürgermeisters, der dem Steuererhöhungsantrag der SPD schon im Hauptausschuss zugestimmt hat. Mit Mühe konnten wir im Koalitionsvertrag der CDU zur Not eine Steuererhöhung in Höhe des Kaufkraftverlustes abringen. Die Wechselfälle des Lebens bilden sich auch in der Kommunalpolitik so ab, dass man vermeiden sollte „nie“ zu sagen, wenn man auch später noch seriös bleiben will. Man denke nur an die Wirtschaftskrise 2009 bis 2011.

Klar ist, bevor ich dem Bürger in die Taschen greife, muss eine gründliche Aufgabenkritik her, müssen Standards gesenkt werden, müssen Gebühren überprüft werden. Und wenn dann dies alles nicht reicht, muss man auch prüfen, an der Steuerschraube zu drehen. Dann weiß man wenigstens am Ende, wie hoch die Summe sein muss, die noch fehlt. Die von der SPD beantragte Erhöhung auf 500 Punkte ist der Höhe nach offenbar völlig willkürlich und hilft nur zwei drei Jahre. Und dann?

Dafür steht die BmU.

Im Detail kann man unsere Arbeit den Haushaltsanfragen und -anträgen Teil 1 bis 4 2016 entnehmen.

Wie würde mit Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere den jüngsten unter ihnen, umgegangen, wenn der Haushalt komplett abgelehnt würde. Eine Ablehnung des Haushaltes kommt für uns daher erst als allerletzte Maßnahme in Frage.

Wir beurteilen die Situation im Gewerbesteuerbereich so, dass eine Anhebung nicht umsetzbar ist, den Stadtfinanzen sogar schaden werden. Gerne diskutieren wir die Notwendigkeiten mit den Bürgerinnen und Bürgern, den anderen Ratsmitgliedern und der Verwaltung mit der Bereitschaft, Kompromisse im Interesse der Stadt zu finden.

Daher beantragen wir:

Bis zur ersten Sitzung der Fachausschüsse nach der Sommerpause hat die Verwaltung ein Freiwilliges Haushaltssicherungskonzept vorzulegen.

a) Zielvorgabe ist, bis 2020 Maßnahmen zur Volldeckung des strukturellen Defizites zu ergreifen.

b) Es ist nach den Prioritäten des GPA-Berichtes eine Aufgabenkritik vorzunehmen.

c) Es sind geeignete Organisationsmaßnahmen – unabhängig von der Organisationsuntersuchung – vorzunehmen, die im Tiefbauamt eine produktorientierte Kostenrechnung ermöglicht.

d) Der Antrag auf Steuererhöhung wird vertagt.

Dank

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir danken den Kolleginnen und Kollegen des Rates für die gemeinsamen Beratungen, den Bürgerinnen und Bürgern für ihre kritischen Anmerkungen, dem Kämmerer und der Kämmererei, insbesondere Frau Bauer, welche mit viel Sorgfalt und Geduld, zuverlässig wie im letzten Jahr unsere Fragen sehr konstruktiv bearbeitet haben.

Für die BmU-Fraktion

Bernhard Osterwind

März 2016

Nachsatz zu dem Antrag der Grünen

Mit Vorrang habe ich hier unsere finanzpolitische Position skizziert und bin auf die Details, wie wir sie in den Haushaltsanträgen 1 – 4 niedergelegt haben nicht eingehen, auch habe ich mich kaum mit den Positionen der anderen Fraktionen, sofern sie erkennbar wurden, auseinandergesetzt.

Die Grünen scheinen sich in Erkrath mit der Rolle zu begnügen, mehr Geld auszugheben als reinzuholen. Die Grünen tragen zum Rat nun erneut vor, an ihrem Antrag festzuhalten, den Boden der Bücherei komplett zu erneuern. Wir halten hier nach dem Sparsamkeitsprinzip eine Grundreinigung und eventuell eine Teilerneuerung zunächst für ausreichend. Ausgerechnet in diesem Jahr die Bücherei für eine längere Zeit stillzulegen, halten wir für falsch.